

## DIE LOGIK DER GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFT

### Ökonomische Methodik oder spekulativer Diskurs?<sup>1</sup>

Die gesellschaftlichen Anforderungen an die Gesellschaftstheorie .....	1
Reduktion und Dekonstruktion: Wege zur Treffsicherheit der Theorie .....	6
Spekulativer Diskurs und ökonomistischer Formalismus .....	10
Umgangssprache und organisatorische Handlungsanweisung: Theorien im Test der Banalität .....	17

#### *Die gesellschaftlichen Anforderungen an die Gesellschaftstheorie*

Ein zentrales Anliegen der vorangegangenen Beiträge war es, nachzuweisen, daß nach dem Ende der gesellschaftlichen Utopien, jener politischen und sozialen Leit-, Trug-, Zerr- und Feindbilder also, an denen sich bis weit ins zwanzigste Jahrhundert die Vorstellungen von Staat und Gesellschaft orientiert, gerieben und entzweit haben, die zuständigen Wissenschaften sich keineswegs mit einer Ausdifferenzierung etablierter, also nicht-utopischer Staats- und Gesellschaftskonzeptionen zu begnügen haben. Diese Beiträge haben gezeigt, daß es in Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der Eigentumsordnung, der zwischenstaatlichen Ordnung und der demokratischen Verfahren fundamentale konzeptionelle Alternativen zum Bestehenden gibt und dementsprechend auch einen andauernden, sogar zunehmend aktuell werdenden Bedarf an fundamentalen politischen Entscheidungen zur Gestaltung von Staat und Gesellschaft. Hinter den vielen Detailkontroversen, die den politischen und wissenschaftlichen Alltag beherrschen, verbergen sich insofern immer noch - bzw. erneut - offene, teilweise verdrängte Grundsatzfragen von teilweise utopisch anmutender Dimension.

In utopiefreudlichen Zeiten ist eine Reduktion der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung auf wenige ungelöste Grundsatzfragen kein Anliegen, das viel spontane Aufmerksamkeit auf sich zieht. In solchen Zeiten wird der gesellschaftswissenschaftliche Theoriebedarf meist fahrlässig - und z.T. sogar vorsätzlich - geringgeschätzt. Man verzichtet bereitwil-

---

<sup>1</sup> Überarbeitete Fassung des Nachwortes in: B. Wehner, Die Logik der Politik und das Elend der Ökonomie, Darmstadt 1995

---

lig auf theoriegeleiteten Fortschritt und begnügt sich damit, daß die Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft sich aus dem Scheitern und Gelingen kleinerer, mehr oder weniger zufälliger Anpassungsmaßnahmen ergibt.

Für diese Geringschätzung der Theorie in der gesellschaftlichen Praxis gibt es natürlich gute historische Gründe. Theoriegeleitete Politik ist in der Vergangenheit vielfach gründlich genug gescheitert, um den Rückzug auf ein pragmatisches Vorgehen der kleinen intuitionsgeleiteten Schritte als das geringere, weniger risikoreiche Übel erscheinen zu lassen. Trotzdem wäre die Schlußfolgerung, eine Politik des pragmatischen Durchwurstelns könne die Befassung mit theoretischen Modellalternativen für immer entbehrlich machen, mehr als voreilig. Es gibt immer wieder gesellschaftliche Situationen, in denen sich ein großer unbewältigter Reformbedarf kumuliert hat und daher die Politik der tastenden Schritte überfordert ist. In solchen kritischen Situationen kann die Verweigerung gegenüber alternativen gesellschafts- bzw. staats-theoretischen Konzeptionen am Ende doch die risikoreichste und schmerzlichste aller politischen Alternativen sein. Aufgabe der Theorie ist und bleibt es daher, für solche besonderen Situationen fundierte Modellvorstellungen vorzuhalten und neu zu entwickeln.

Ob die Theorieentwicklung dieser Aufgabe gerecht wird, hängt wesentlich davon ab, in welchem institutionellen Rahmen die zuständigen Wissenschaften betrieben werden.<sup>2</sup> Ebenso sehr hängt es davon ab, ob die Struktur der politischen Institutionen geeignet ist, eine gezielte, problemorientierte und nichtdisziplinäre Theorienachfrage zu entfalten<sup>3</sup>, und ob der politische Wettbewerb so institutionalisiert ist, daß Parteien ein natürliches Interesse an der Auseinandersetzung um ordnungspolitische Alternativen entwickeln.<sup>4</sup> Daneben gibt es aber auch wissenschaftsinterne Umstände, die in erheblichem Maß die Qualität des gesellschaftswissenschaftlichen Theorieangebotes beeinflussen. Hierzu gehören die herrschenden wissenschaftstheoretischen Überzeugungen und die davon geprägten Methoden der Gewinnung und Bewertung von Theorien.

Insbesondere im ökonomischen, aber auch in anderen Zweigen der Gesellschaftswissenschaften hat in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ein Bekenntnis zum sogenannten kritischen Rationalismus vorge-

---

<sup>2</sup> Siehe hierzu auch "Wissenschaft, Wettbewerb und Demokratie".

<sup>3</sup> Siehe hierzu "Die ökonomische Logik der Interdisziplinarität".

<sup>4</sup> Siehe hierzu "Die Logik des politischen Wettbewerbs"

---

herrscht. Der Zweck der Wissenschaft wurde darin gesehen, aus mehr oder weniger plausiblen Hypothesen die unbrauchbaren aufgrund objektiver Resultate aus Beobachtung und Experiment zu eliminieren, um so das Spektrum möglicher wissenschaftlicher Meinungen und Überzeugungen zunehmend einzuengen. Dies war das Theorieverständnis, nach dem Gesellschaftswissenschaften als empirische Disziplinen behandelt und methodisch den Naturwissenschaften angenähert werden sollten. Auch wenn im realen Wissenschaftsbetrieb der selbstgesetzte methodologische Anspruch, das Hypothesendickicht durch größtmögliche Falsifizierungsanstrengungen zu lichten, oft nicht beim Wort genommen wurde, war das verbale Bekenntnis zu diesem Anspruch um so eindeutiger.

Das Ansinnen, gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnis ausschließlich im Wechselspiel von Hypothese und empirischer Falsifikation zu gewinnen, beruhte von Anfang an auf einem wissenschaftstheoretischen Mißverständnis. Erfüllbar wäre dieser Anspruch nur dann, wenn sich in den Gesellschaftswissenschaften Beobachtung und Experiment in ähnlicher Weise zur Erkenntnisgewinnung nutzen ließen wie in den Naturwissenschaften. Genau dies ist aber aus offenkundigen Gründen nicht der Fall. Die Gesellschaft kann nicht in gleicher Weise zum Objekt wissenschaftlichen Experimentierens und zugehörigen Beobachtens gemacht werden wie die Natur, und vor allem *will* sie dies auch nicht. Sie stellt sich ausgesprochen ungern für Experimente zur Verfügung, deren Ergebnisse schlüssige Urteile über gesellschaftswissenschaftliche Hypothesen ermöglichen würden, und selbst wenn sie dies täte, wäre der Erkenntnisprozeß zu langwierig und wären die Befunde in aller Regel zu vieldeutig, um die methodologische Festlegung auf den sog. kritischen Rationalismus zu rechtfertigen. Der gesellschaftswissenschaftliche Testfall ist zumeist ein für viele der Betroffenen schmerzlicher und kostspieliger Ernstfall. Im allgemeinen muß sich die Gesellschaftswissenschaft daher mit passiven Beobachtungen der jeweils bestehenden Gesellschaftsordnung begnügen, anstatt zu versuchen, falsche gesellschaftswissenschaftliche Hypothesen durch selbst inszenierte empirische Tests zu eliminieren. Das Experiment mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung war hiervon die große historische Ausnahme.

Für eine Gesellschaftswissenschaft, die auf experimentelle Erkenntnisgewinnung nach naturwissenschaftlichem Vorbild ausgerichtet wäre, besteht demnach kaum ein gesellschaftlicher Bedarf. Von der Gesellschaftstheorie wird nicht erwartet, daß sie möglichst viele bedeutende Hypothesen entwi-

---

ckelt, die Anstoß zu entsprechend vielen gesellschaftlichen Großexperimenten geben. Diese an sich richtige Einsicht machte sich auch der kritische Rationalismus zu eigen, aber er ließ nur eine von mehreren möglichen wissenschaftstheoretischen Schlußfolgerungen hieraus zu. Diese lautete, die Gesellschaftswissenschaft müsse sich in Bescheidenheit üben und eine Wissenschaft der kleinen Schritte im gesellschaftlichen Reformprozeß sein. Gesellschaftswissenschaftliche Hypothesen sollten sich demnach auf eng abgegrenzte reformerische Maßnahmen beschränken, die leicht einem empirischen Falsifikationstest unterworfen werden könnten und deren eventuelles empirisches Scheitern leicht zu verschmerzen wäre.

Aus diesem wissenschaftstheoretischen Gebot ergab sich zwangsläufig die praktische Schlußfolgerung, daß auch alle Politik - und um so mehr die Ausgestaltung der politischen Ordnung - eine Politik der kleinen, überschaubaren Schritte zu sein habe. Damit ergab sich aus dem auf den ersten Blick politisch ganz unverfänglichen wissenschaftstheoretischen Argument eine Konsequenz von ungeahnter ideologischer Tragweite: Die methodologisch begründete Beschränkung auf kleine argumentative Schritte war unversehens zu einem gesellschaftswissenschaftlichen Utopieverbot ausgedeutet. Als solche wirkte sie sich in der wissenschaftlichen Praxis als eine ideologische Denkhemmung aus, und in der politischen Praxis wurde hieraus dementsprechend eine ideologische Tathemmung. Die Utopiefeindlichkeit wurde auf diese Weise zu einer gemeinsamen ideologischen Basis von Sozialwissenschaft und Politik. Wie die Wissenschaft sich methodologisch darauf versteifte, ihre Theoriegebäude allenfalls in kleinen, reformerischen Schritten zu ändern und zu erweitern, versteifte sich die Politik darauf, der Gesellschaft allenfalls kleine An- und Umbaumaßnahmen am Staat zur Bewältigung sich wandelnder Anforderungen zuzumuten.

Das Risiko einer "unwissenschaftlichen", den methodologischen Normen der Naturwissenschaften allzu offensichtlich zuwiderlaufenden Gesellschaftspolitik wurde hierdurch in der Tat gering gehalten. Wo aber am Theoriegebäude - und damit am Staatsgebäude - nur kleine reformerische An- und Umbauten zugelassen werden, wächst auch immer die Gefahr, daß dieses Gebäude seine funktionalen und ästhetischen Qualitäten in einem schleichenden, fast unmerklichen Prozeß einbüßt und damit intellektuell undurchdringlicher und damit für die meisten Staatsbürger unverständlich wird. Diese Tendenz wird noch dadurch verstärkt, daß die Ideologie der kleinen Schritte und des Utopieverbots sich in der politischen Praxis - und

---

ebenso im Wissenschaftsbetrieb - leicht für die Besitzstandswahrung etablierter Interessengruppen in Dienst nehmen läßt. Die scheinbar unverfängliche wissenschaftstheoretische Argumentation des kritische Rationalismus wurde auf diese Weise zum Vehikel einer strukturkonservierenden Politik, deren Reflexe darauf angelegt sind, auf neue Herausforderungen mit alten, nur aus rückwärtsgewandter Sicht bewährten Antworten zu reagieren. Herausragende Beispiele für solche strukturkonservierenden Reaktionen hat in jüngster Zeit immer wieder die Ordnungspolitik der europäischen Integration geliefert. Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht war diese Politik das typische Produkt eines auf kleine Schritte festgelegten, von interessen- und ideologiegeleiteten Hemmungen geprägten staatstheoretischen Denkens. Solches Denken bringt in der Integrationspolitik zwangsläufig Konzepte hervor, die bestehende Institutionen auch und gerade innerhalb der beteiligten Staaten fast um jeden Preis bewahren und so ein für Bürger und politische Akteure gleichermaßen undurchdringliches integriertes Staatengebilde schaffen.

Mißt man die kritisch-rationalistische, auf Selbstbeschränkung des Reformwillens angelegte Gesellschaftswissenschaft rückblickend an ihren eigenen Maßstäben, kann man kaum umhin, sie als gescheitert, d.h. als falsifiziert anzusehen. Die utopiefeindliche Ideologie der kleinen Schritte ist in der Praxis zum wissenschaftlichen Rechtfertigungsversuch für einen ordnungspolitischen Entwicklungsprozeß geworden, in dessen Verlauf Staat und Politik in ihren Grundstrukturen erstarren, dadurch zunehmend überfordert sind und schließlich bei den Bürgern immer mehr an Wertschätzung einbüßen. Die Festlegung, auf gesellschaftliche Veränderungen gleich welcher Art mit kleinen reformerischen Umbaumaßnahmen an der bestehenden Ordnung zu reagieren, hat insofern Praxis und Theorie gleichermaßen in eine Sackgasse geführt. Es bedarf daher in der Gesellschaftswissenschaft dringend einer wissenschaftstheoretischen Neuorientierung, die dieser Erfahrung gerecht wird.

Dabei darf natürlich nicht die eine richtige Ausgangsposition des kritischen Rationalismus, daß nämlich die Gesellschaft nur in sehr begrenztem Umfang zum Objekt wissenschaftlichen Experimentierens gemacht werden kann, preisgegeben werden. Wahr bleibt, daß die Gesellschaft sich nicht als wissenschaftliches Experimentierfeld mißbrauchen lassen will. Aufgabe der Gesellschaftstheorie wird es daher auch künftig nicht sein, den Anstoß zu möglichst vielen gesellschaftspolitischen Großversuchen zu geben. Eine

---

ihrer wichtigsten Aufgaben wird es vielmehr bleiben, den Bedarf an solchen Experimenten möglichst gering zu halten. Zugleich muß sie aber sich und die Gesellschaft dafür offen halten, daß solche Experimente, d.h. große ordnungspolitische Umgestaltungen, aufgrund des evolutionären Wandels der Anforderungen an den Staat irgendwann doch fällig oder gar überfällig werden können. Sie muß zugleich akzeptieren, daß solche größeren Umgestaltungen in kritischen Entwicklungsphasen möglicherweise auf einer relativ schmalen Erfahrungsgrundlage gewagt werden müssen. In dieser Rolle muß die Gesellschaftswissenschaft sich als eine dem Wesen nach nichtexperimentelle Wissenschaft annehmen, und als solche muß sie sich den Mut zu einer hochgradig spekulativen Theorieentwicklung abverlangen.

Der spekulative Charakter neuer gesellschaftstheoretischer Konzepte stellt natürlich auch dann noch ein gesellschaftliches Akzeptanzhindernis dar, wenn die Notwendigkeit größerer Umgestaltungen der politischen und sozialen Ordnung offenkundig geworden ist. Die Gesellschaftstheorie muß daher das methodische Kunststück fertigbringen, trotz ihres hochgradig spekulativen Charakters ein verhältnismäßig hohes Maß an *Treffsicherheit* zu erreichen. Sie muß nach Möglichkeiten suchen, den unbehebbareren Mangel an experimentellen Tests durch Falsifikationsmöglichkeiten anderer Art auszugleichen, falsche und überflüssige Hypothesen also mit anderen Mitteln als denen einer herkömmlichen empirischen Wissenschaft zu eliminieren. Nur wenn dies gelingt, kann die Gesellschaft der Theorie im Ernstfall genügend Treffsicherheit zutrauen, um neue theoretische Modellvorstellungen an sich ausprobieren zu lassen. Nur dann kann auch die Politik den Mut finden, sich aus ihrer Tathemmung in den großen ordnungspolitischen Fragen zu befreien und im Ernstfall mehr zu wagen als die kleinen, immer neue Unübersichtlichkeiten schaffenden An- und Umbaumaßnahmen an einer bestehenden politischen und sozialen Ordnung.

*Reduktion und Dekonstruktion: Wege zur Treffsicherheit der Theorie*

Endgültige Auskunft darüber, ob der Wunsch nach einer treffsicheren Gesellschaftstheorie erfüllt ist, gibt natürlich immer erst die praktische Anwendung. Ebenso selbstverständlich ist aber, daß trotzdem alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Treffsicherheit der Theorien im vorhinein zu erhöhen. Hierzu ist es zunächst einmal erforderlich, für die zuständige Wissenschaft den geeigneten institutionellen Rahmen zu schaffen. Zu diesem Rahmen gehören ein demokratischer Kontext, in dem die

---

Anforderungen an die Theorie offen artikuliert werden, und ein wettbewerblich organisierter Theoriebetrieb, der für die notwendige Kreativität der Hypothesengewinnung sorgt. Hierzu gehören auch politische Institutionen wie ein permanent amtierender Verfassungsrat<sup>5</sup>, von denen eine fest institutionalisierte Nachfrage nach neuen politischen Ordnungskonzepten ausgeht, und hierzu gehört ein nichtdisziplinäres Wissenschaftsethos, das unter solcher Nachfrage selbsttätig gedeihen würde.

Daneben bedarf es aber auch einer geeigneten wissenschaftsinternen Methodik, um einschlägige Hypothesen zu formulieren, zu evaluieren und zu eliminieren. An diese Methodik ist die Anforderung zu stellen, daß sie für den Mangel an experimentellen Falsifikationsmöglichkeiten in der Gesellschaftswissenschaft einen gewissen Ausgleich schafft. Eine wichtige Rolle kann hierbei z.B. der selbstgestellte Anspruch der Wissenschaft sein, die von der Gesellschaft verweigerten Experimente möglichst realitätsnah als virtuelle Experimente zu simulieren. An die Stelle eines realen tritt damit ein virtueller Falsifikationsprozeß.

Solche Gedankenexperimente müssen, wenn man ihnen tatsächlich Treffsicherheit zutrauen soll, natürlich in engem Bezug zur aktuellen gesellschaftlichen Erfahrungswelt stehen. Die Forderung, Bezug zu dieser Erfahrungswelt zu bewahren, kann für die Theorie allerdings auch eine fatale Beschränkung ihrer Reichweite zur Folge haben. Der gesellschaftswissenschaftliche Realitätsbezug ist immer zugleich ein Bezug auf die etablierten Institutionen, Regeln und Überzeugungen, und er erschwert damit die Entwicklung wirklich innovativer Alternativen. Er schafft ein Präjudiz für die reformerische Ausdifferenzierung der bestehenden gesellschaftlichen Institutionen und gegen deren eventuelle fundamentale Revision.

Ihre eigentlichen Bewährungsproben hat die Gesellschaftstheorie aber gerade in jenen Momenten, in denen fundamentale Revisionen des bestehenden Institutionengefüges fällig werden. Sie muß für diese Momente rechtzeitig geeignete Orientierungen bereithalten, und sie muß auch ihren Beitrag dazu leisten, daß diese Momente frühzeitig erkannt werden. Sie muß das Bewußtsein dafür wachhalten, welche früher getroffenen Grundsatzentscheidungen den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Detailkontroversen zugrunde liegen, und sie muß darauf hinwirken, daß die gesellschaftliche

---

<sup>5</sup> Siehe hierzu "Die Logik der Ordnungspolitik"

---

Auseinandersetzung in kritischen Momenten auf diese Grundsatzentscheidungen zurückgeführt wird. Zu einer solchen Reduktion auf das Wesentliche, d.h. zur Infragestellung alter, allzu selbstverständlich gewordener Prämissen im Lichte neuer Alternativen haben sich die gesellschaftlichen Problemlösungsinstanzen in der Vergangenheit häufig zu spät durchgerungen. Gerade um solches Zuspätkommen zu verhindern - und im Grunde nur hierfür -, braucht aber die Gesellschaft eine Gesellschaftstheorie.

Einer Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung auf fundamentale Ordnungsfragen steht immer auch das Eigeninteresse der gesellschaftlichen Problemlösungsinstitutionen, d.h. der Verfassungsorgane und Interessenverbände entgegen. Diesen liegt eher daran, neuen Problemen durch vorsichtige Ausdifferenzierung ihres eigenen Instrumentariums - und damit auch der theoretischen Erklärungs- und Lösungsansätze - zu begegnen. Das Bemühen, gravierende gesellschaftliche Probleme mit grundlegenden Mängeln des Staatswesens in Verbindung zu bringen, wäre für die bestehenden Institutionen mit dem Risiko verbunden, daß ihre Zuständigkeiten - und ggf. ihre Existenz - in Frage gestellt werden. Dies strahlt auch auf die institutionalisierte Gesellschaftswissenschaft aus, die als Wissenschaft von den - und für die - bestehenden Institutionen immer noch ihre sicherste Existenzgrundlage hat.

Das Desinteresse an einer Reduktion der Auseinandersetzung auf fundamentale Alternativen hat sich in einer als weitgehend katastrophen- und krisenfrei wahrgenommenen Zeit in vielen gesellschaftlichen Bereichen und den zugehörigen Wissenschaftssparten ausgebreitet, und es reicht sogar in die Randbereiche der Naturwissenschaften hinein. Der Medizinbetrieb ist ein gesellschaftlicher Bereich, in dem solche Entwicklungen für die Öffentlichkeit relativ leicht durchschaubar sind. Manche erfahrenen Ärzte gestehen im privaten, vertraulichen Gespräch ein, daß nur ein geringer Prozentsatz ihrer gängigen Medikamente und Heilverfahren von zweifelsfreiem Nutzen ist und daß allenfalls ein Viertel bis ein Fünftel ihrer ambulanten Patienten damit wirksam behandelt werden können. Die anderen vier Fünftel, d.h. die große Mehrheit der Patienten, wird aber nicht darüber aufgeklärt, daß für ihre Probleme die gängige medizinische Wissenschaft und Praxis eigentlich nicht zuständig ist. Sie werden stillschweigend im herkömmlichen Stile weiterbehandelt, und es werden weiterhin Medikamente für sie entwickelt und angewendet, deren Nutzen äußerst zweifelhaft ist, deren Kosten aber gleichwohl immer höher werden. In der stationären



---

Behandlung ist das Verhältnis zwischen solcher hilflosen und wirklich hilfreicher Behandlung zwar etwas besser, aber auch manche Krankenhausärzte räumen unter der Hand ein, daß ihre Behandlungen höchstens zur Hälfte noch eindeutig der Lebensqualität der Patienten dienen. So expandiert das Gesundheitswesen und explodieren dessen Kosten in einem von Politik und Wissenschaft gemeinsam getragenen Prozeß der vorsichtigen Ausdifferenzierung des Bestehenden, ohne daß dies eine unvoreingenommene Auseinandersetzung mit den elementarsten Fragen der Gesundheitspolitik zur Folge hätte.

Die Analogie zwischen Medizinbetrieb und Gesellschaftswissenschaft hat natürlich eine begrenzte Aussagekraft. Sie ist aber nützlich, um die Widerstände in der Gesellschaftswissenschaft gegen die Einlassung auf fundamentale konzeptionelle Alternativen zu veranschaulichen. Keine gesellschaftliche Institution hat ein Interesse daran, die Grenzen ihrer Problemlösungskapazität der Öffentlichkeit klar zu erkennen zu geben. In allen gesellschaftlichen Bereichen schaffen institutionalisierte Interessenlagen auf diese Weise Widerstände dagegen, die theoretischen Auseinandersetzungen zur rechten Zeit auf ungelöste Grundsatzfragen zu konzentrieren. Wo immer solche Widerstände greifen, geht dies zu Lasten der Treffsicherheit der Theorien.

Die Bereitschaft, sich auf grundlegenden Alternativen einzulassen, ist das eine wichtige Kriterium für die Treffsicherheit der Gesellschaftstheorie. In einem unabhängig und wettbewerblich organisierten Wissenschaftsbetrieb (wie er in "Wissenschaft, Wettbewerb und Demokratie" skizziert ist) wären hierfür relativ günstige Voraussetzungen geschaffen. Das andere, ebenso wichtige Kriterium ist die Eliminierung allzu realitätsfremder, im negativen Sinne utopischer Hypothesen aus dem Theorienvorrat.

So unbestritten die Bedeutung dieses Kriteriums für die Akzeptanz gesellschaftswissenschaftlicher Theorien sein mag, so problematisch kann seine Anwendung sich andererseits auf den theoretischen Fortschritt auswirken. Der Theorieentwicklung kann hierdurch viel von jener Kreativität abhanden kommen, die für innovative Reaktionen auf neue gesellschaftliche Probleme unerlässlich ist. Die Theoriearbeit, die von vornherein auf nichtutopische Inhalte festgelegt ist, erliegt um so leichter dem Einfluß bestehender Institutionen, deren Interessen einer Erarbeitung grundlegender gesellschaftstheoretischer Alternativen zuwiderlaufen.

---

Die Festlegung auf den sogenannten Realitätsbezug ist daher nicht unbedingt eine Maßnahme, die der Treffsicherheit der Gesellschaftstheorie förderlich ist. Diese Theorie hat es mit einem äußerst wandlungsfähigen Objektbereich zu tun, und sie kann daher den sich wandelnden gesellschaftlichen Anforderungen auf Dauer nur gerecht werden, wenn sie sich selbst eine entsprechend hohe Wandlungsfähigkeit abverlangt. Dazu stünden selbstauferlegte methodische Beschränkungen in einem allzu offensichtlichen Widerspruch.

Die Konstruktionsarbeit an gesellschaftswissenschaftlichen Theorien muß natürlich trotzdem immer mit einem methodisch fundierten Bemühen einhergehen, erarbeitete Konzepte zumindest im nachhinein auf Utopieverdacht zu überprüfen. Einmal konstruierte gesellschaftstheoretische Modelle müssen gedanklichen Dekonstruktionsversuchen ausgesetzt werden, in denen den Risiken spekulativer Theorieentwicklung systematisch nachgegangen wird. Dadurch können der Gesellschaft eventuelle Fehlversuche mit allzu utopischen Alternativen erspart werden. Die Frage, welche methodischen Mittel geeignet sind, um eine solche Dekonstruktion zu leisten, ist daher für die Frage nach der Treffsicherheit der Gesellschaftstheorie von herausragender Bedeutung.

#### *Spekulativer Diskurs und ökonomistischer Formalismus*

Wie die kritische Dekonstruktionsarbeit an Gesellschaftstheorien am besten geleistet werden kann, hängt unter anderem von der Methode ab, mit der diese Theorien entwickelt und formuliert worden sind. In den Gesellschaftswissenschaften hat man es mit zwei sehr verschiedenen Methoden der Theoriekonstruktion zu tun. Die eine, in der Ökonomie bevorzugte Methode operiert vorzugsweise mit formal eindeutigen theoretischen Aussagen, die der mathematischen Darstellung zugänglich sind. Die andere Konstruktionsmethode ist der spekulative Diskurs der nichtökonomischen Gesellschaftswissenschaften, der sich eher aus dem Alltagsverständnis gesellschaftlicher Zusammenhänge entwickelt. Jede dieser Methoden hat ihre spezifischen Stärken und Schwächen, wenn es darum geht, gesellschaftspolitische Alternativen herauszuarbeiten. Beide sind in begrenztem Umfang auch geeignet, für- bzw. gegeneinander Dekonstruktionsarbeit an bestehenden Theorien zu leisten. Für die Zukunft hängt insofern viel davon ab, welche Rollen diese Methoden im wissenschaftlichen Wettbewerb einnehmen.

---

Eine wesentliche Stärke der ökonomistischen Methodik liegt natürlich darin, daß sie zur Eindeutigkeit in der theoretischen Aussage zwingt, und zwar auch dort, wo es um die Abbildung relativ komplexer Zusammenhänge gilt. Diese Methodik ist nicht zuletzt aus der Erfahrung heraus entwickelt worden, daß die Sprache für die Erklärung mancher ökonomischen Zusammenhänge ein zu schwaches Werkzeug ist. Mit einer Sequenz beschreibender Sätze läßt sich die Logik, der die interdependenten Entscheidungen von Wirtschaftssubjekten folgen, nicht immer mit der notwendigen Klarheit und Eindeutigkeit darstellen, und auch nicht die Folgen politischer Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen. Mit algebraischen und geometrischen Mitteln, die das ökonomische Argument zu prägnanter Kürze schrumpfen lassen, ist dies in vielen Fällen besser zu leisten.

Die klare und kompakte Erscheinungsform ökonomistischer Entwürfe bietet für die gesellschaftswissenschaftliche Theorieentwicklung gegenüber anderen Methoden zumindest zweierlei Vorteile. Zum einen erleichtert sie die Herausarbeitung und Gegenüberstellung von Basismodellen und damit die für die reformerische Praxis so wichtige Reduktion auf wenige grundlegende Alternativen. Zum anderen schafft sie relativ große Klarheit darüber, was die jeweilige Theorie leisten will und was nicht, und sie schafft damit in ideologischer Hinsicht übersichtliche Verhältnisse.

Eine Gewähr dafür, daß die Theorie von allzu utopischen Elementen freigehalten und von der Gesellschaft als treffsicher empfunden wird, ergibt sich daraus aber keineswegs. Ein Beispiel dafür, daß bei aller formalen Eindeutigkeit der theoretischen Aussagen, zu der die ökonomistische Methodik zwingt, die praktische Bedeutung solcher Aussagen äußerst diffus bleiben kann, ist die (in "Die Logik des Bürgergeldes" beschriebene) Vermengung von Bürgergeld und negativer Einkommensteuer. Daß diese in der Praxis sehr verschiedenen Konzepte sich mit mathematisch identischen Formeln beschreiben lassen, dürfte eine der wichtigsten Ursachen für diese Vermengung gewesen sein. Es ist damit auch Beispiel dafür, daß die formale Präzisierung des theoretischen Arguments, wenn sie zu oberflächlich vorgenommen wird, neue Zweideutigkeiten schaffen und damit die Treffsicherheit der Aussagen sogar beeinträchtigen kann.

Neben dem Risiko solcher Mißverständlichkeiten haftet dem ökonomistischen Formalismus ein zweites, im hier behandelten Zusammenhang schwerer wiegendes Risiko an. Der Formalismus verleitet dazu, Theorien ohne Objektbereich - und damit Utopien im eigentlichen, ursprünglichen

---

Sinne des Wortes - zu entwickeln. Weil ihr die sprachliche Anbindung an die Alltagserfahrung fehlt, steht die ökonomistische Theorieentwicklung immer in Gefahr, sich auf Probleme zu konzentrieren, für deren Lösung kein gesellschaftlicher Bedarf besteht. Eben dieser Gefahr ist die formalisierte Ökonomie in der Tat weitgehend erlegen. Nur die formale Eleganz der Argumentation vermochte hiervon immer wieder abzulenken.

Der Vorwurf der gesellschaftlichen Irrelevanz ist in der Gesellschaftstheorie allerdings immer noch einer der geringeren. Da politische Praktiker von der Begeisterung über die formale Eleganz ökonomistischer Argumentation weitgehend verschont blieben, ließen sie sich über den praktischen Wert der so konstruierten Theorien selten täuschen und schenkten ihnen daher zu meist wenig Beachtung. Von den großen in ökonomistischer Methodik entwickelten Argumenten, die den Weg in die politische Praxis gefunden haben, war das keynesianische bisher das schadenreichste, und dies war unter den von Gesellschaftstheorien zu verantwortenden Schäden sicher noch ein vergleichsweise harmloser.

Ganz anders sind methodisches Potential und politische Risiken bei der im spekulativen Diskurs betriebenen Gesellschaftstheorie verteilt. Im Vergleich zur ökonomistischen Theoriekonstruktion hat der spekulative Diskurs es leichter, eine Anbindung an reale gesellschaftliche Probleme herzustellen und zu bewahren. Dieser Diskurs kann die gesellschaftliche Realität nicht nur in der Dimension des Rationalen abbilden, sondern ihr nach Form und Inhalt auch in emotionalen Belangen gerecht werden. Er kann dadurch gesellschaftspolitische Schlußfolgerungen herleiten, deren Überzeugungskraft mindestens teilweise auf ihrer sprachlichen Verankerung in einer kollektiven Emotionalität beruht.

Der spekulative Diskurs ist daher viel weniger als die ökonomistische Methode in Gefahr, gesellschaftspolitisch irrelevante Theorien zu konstruieren. Die gesellschaftliche Realität ist immer auch eine emotionale Realität, der die Theorie ihrerseits nur mit einer gewissen sprachlichen Emotionalität gerecht werden kann, wie sie der ökonomistische Formalismus beim besten Willen nicht leisten kann. Eine gewisse Emotionalität ist aber nicht nur in der gesellschaftstheoretischen Deutung und Abbildung, sondern auch in der gesellschaftstheoretischen Handlungsanleitung gefragt. Die Gesellschaft will als Objekt einer theoretisch begründeten Gesellschaftspolitik nicht nur rational, sondern sie will auch emotional angesprochen sein. Sie fühlt sich nur von Theorien vollständig ernst genommen, die sich den gesellschaftli-

---

chen Individuen auch in ihren komplexen emotionalen Beziehungen zueinander widmet. Auch dies kann der Ökonomismus nicht leisten, und auch in dieser Hinsicht ist der spekulative Diskurs ihm überlegen. Das ökonomistisch entwickelte Argument gewinnt daher zumeist die geringere öffentliche Aufmerksamkeit, selbst wenn es das theoretisch besser durchdachte und das politisch weniger gefährliche ist.

Die Anknüpfung an die emotionale Realität in der Gesellschaft macht aber nicht nur die Stärke des spekulativen Diskurses aus, sondern sie ist auch Ursache seiner gefährlichsten Schwächen. Dieser Diskurs spricht elementare Emotionen wie Mitgefühl, Freiheitsbedürfnis, ethnische, religiöse oder ideologische Verbundenheit, Rivalität, Feindseligkeit oder Aggressivität an, und er speist daraus ein gesellschaftstheoretisches Denken in Kategorien wie Konflikt, Konsens, Solidarität, Individualität, Status und anderen. Der Diskurs stützt sich damit auf die Anhänglichkeit an Zusammengehörigkeits-, Überlegenheits- und Konflikterlebnisse, die in der direkten Begegnung in menschlichen Kleingruppen erfahrbar sind, und er transponiert diese kleingruppenbezogenen Emotionen auf die gesellschaftliche Makroebene. Seine Wirkung beruht insofern darauf, daß er die gesamtgesellschaftliche Ebene in enger Analogie zur menschlichen Kleingruppe behandelt, daß also aus der Erfahrungswelt der Kleingruppe Schlußfolgerungen über die Funktionsweise der Gesamtgesellschaft und über gesellschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten gezogen werden.

So reichhaltig dieser Diskurs an gesellschaftspolitischen Zielformulierungen ist, so wenig trägt er meistens aber zur Konkretisierung der Mittel bei, mit denen diese Ziele zu erreichen sind. Statt möglichst konkrete und detaillierte gesellschaftspolitische Handlungsanweisungen herzuleiten, hat er es zumeist mit moralischen - oder moralisch klingenden - Appellen an den Staat bewenden lassen. Dies hat er vor allem deswegen getan, weil seine emotionale Überzeugungskraft sich schwer in konkret formulierte Handlungsanweisungen an den Staat hinüberretten läßt. Viel leichter als in der Formulierung gesamtgesellschaftlicher Theorien wäre an solchen konkreten Anweisungen erkennbar, welche Gefahren und welche Irrtümer mit der zunächst so unauffällig vollzogenen Übertragung der Argumente von der Kleingruppe auf die Gesellschaft und den Staat verbunden sind. Es ist daher kein Wunder, daß der spekulative Diskurs weniger konkrete und weniger detaillierte Lösungsvorschläge hervorgebracht hat als die ökonomistische Theoriearbeit, die nicht auf emotionale Überzeugungskraft angelegt ist.

---

Die Folgen hiervon sind weit in die politische Alltagsdiskussion hinein zu spüren. Dem spekulativen Diskurs gelingt es zu einem gewissen Grade, sich in diese Alltagsdiskussion zu verbreiten, sich dort sogar zu verselbständigen und dadurch gelegentlich den oberflächlichen Eindruck einer Theoriebeladenheit der Politik zu vermitteln. Trotz bzw. wegen seiner Gründung in der Erfahrungswelt menschlicher Kleingruppen bleibt dieser Diskurs aber für die administrative Realität, in die jede Politik letztlich umgesetzt werden muß, auffallend unverbindlich. Seine nachweisbare Wirkung besteht oft nur darin, einzelne gesellschaftspolitische Begriffe emotional zu besetzen und die damit verknüpften abstrakten gesellschaftspolitischen Ziele zu verklären bzw. zu tabuisieren.

Diese Diskrepanz zwischen seiner starken Wirkung auf politische Zielvorstellungen und seiner schwachen Wirkung auf konkretes staatliches Handeln läßt dem spekulativen Diskurs weite theoretische Entfaltungsmöglichkeiten, aber zugleich läßt sie einen ebenso weiten Raum für seinen Mißbrauch in der praktischen Anwendung. Sie läßt im schlimmsten Fall den spekulativen Diskurs zum intellektuellen Wegbereiter einer auf moralische Ziele gestützten Gesellschaftspolitik werden, die sich in der Wahl ihrer Mittel moralisch um so weniger gebunden zeigt.

Diese Unverbindlichkeit hinsichtlich der Mittelwahl ist es, die den spekulativen Diskurs immer wieder eine zwielichtige gesellschaftspolitische Rolle hat spielen lassen. Viele große gesellschaftspolitische Katastrophen hatten einen eingespielten, aber eben zu unverbindlichen spekulativen Diskurs hinter sich, der die Öffentlichkeit von der Fatalität des realen politischen Mitteleinsatzes ablenkte. Nationalistische, marxistische und fundamentalistische Praktiken verschiedenster Art lassen bzw. ließen sich von solchen Diskursen stützen und konnten mit deren Hilfe zeitweilig über ihre katastrophalen Begleiterscheinungen hinwegtäuschen. Ob dabei das Versäumnis des spekulativen Diskurses eher darin gelegen hat, daß er sich aus der Frage der politischen Mittelwahl ganz heraushielt, oder eher darin, daß er nur über fatale Nebenwirkungen der eingesetzten Mittel hinweggesehen hat, ist eine zweitrangige Frage. In beiden Fällen handelt es sich um spezifische Versäumnisse der bei der Entwicklung und Darstellung von Theorien angewendeten Methode.

Auch kleinere gesellschaftspolitische Katastrophen wie die Überforderung des Parteienstaates, die Überforderung der subsidiären Sozialpolitik oder die noch hoffnungslosere Überforderung der Institutionen eines sich integ-

---

rierenden Europas ereigneten sich unter dem Deckmantel spekulativer Diskurse, die bestimmte politische Ziele und Begriffe emotional besetzt hatten. Die Verklärung des parteipolitischen Parlamentarismus und des damit verbundenen Demokratiebegriffs, die Verklärung des europäischen Integrationsziels und die Verklärung des herkömmlichen Umverteilungsmechanismus in der sogenannten Sozialen Marktwirtschaft gehen gleichermaßen auf das Konto solcher Diskurse. Auch das Subsidiaritätsprinzip ist im Laufe der Zeit Gegenstand eines solchen ideologieträchtigen, von den Fragen der Mittelwahl und den damit verbundenen Nebenwirkungen ablenkenden Diskurses geworden. Im Rahmen einer streng ökonomistischen Gesellschaftstheorie wäre all dies nicht zu begründen gewesen oder hätte zumindest nicht so lange überdauert. So lag z.B. einer der Gründe, warum der Keynesianismus als Ideologie so erfreulich kurzlebig war, in der ökonomistischen Verbindlichkeit seiner praktischen Handlungsanweisungen und seiner darauf beruhenden politischen Widerlegbarkeit.

Die Anbindung des spekulativen Diskurses an konkretes Empfinden und Erleben, die der ökonomistischen Methode fehlt, erweist sich damit zugleich als die eigentliche Ursache seines häufigen gesellschaftspolitischen Scheiterns. Dieser Diskurs scheitert daran, daß die emotionalen Bezüge menschlichen Handelns, denen die Gesellschaftstheorie in der menschlichen Kleingruppe - und allenfalls noch in der kleinen politischen Öffentlichkeit - auf der Spur ist, nicht auf die große gesellschaftspolitische Praxis übertragbar sind. Praktisch geleistet werden müßte diese Übertragung immer von einem anonymen Staatsapparat, aber dieser ist zu allem anderen geeignet als dazu, gesamtgesellschaftlicher Sachwalter kleingruppenspezifischen Denkens, Fühlens und Handelns zu sein. Mehr noch als in der konkreten politischen Handlungsanweisung verliert sich die emotionale Überzeugungskraft eines spekulativen gesellschaftstheoretischen Diskurses im konkreten Handeln der anonymen staatlichen Instanzen. Nirgendwo ist dies so deutlich geworden wie in der Diskrepanz zwischen dem moralisch getränkten, an moralische Empfindungen appellierenden Diskurs der sozialistischen Gesellschaftstheorie und der abgründigen Banalität jener bürokratischen Anweisungen und Praktiken, mit denen diese Theorie von staatlichen Instanzen umgesetzt wurde.

Insofern die Gesellschaftstheorie auch Staatstheorie sein will, beginge sie daher eine fatale Unterlassung, wenn sie sich methodisch allein auf den spekulativen Diskurs stützen wollte. Eine realistische Staatstheorie muß

---

immer auch die Theorie eines anonymen, vergleichsweise emotionsarmen Entscheidungs- und Handlungssystems sein. Ein solches System läßt sich mit ökonomistischen Methoden, die zur Erklärung des ähnlich emotionsarmen und anonymen Systems Wirtschaft entwickelt worden sind, theoretisch weit besser erfassen. Diese Methodik beugt zwar von sich aus der Illusion vor, den Staatsapparat als gesellschaftlichen Sachwalter von Emotionen einspannen zu wollen, die nur in der Kleingruppe authentisch erlebbar sind. Ein herausragendes Beispiel hierfür ist die mit Hilfe ökonomistischer Methodik entwickelte Gerechtigkeitstheorie von Rawls, die nicht aus einer emotionalen gesellschaftlichen Realität schöpft, sondern aus einer konstruierten Entscheidungssituation. Eben dies macht die rawlsianische Theorie formalistischer und emotionsloser, aber es macht sie zugleich konkreter, weniger mißverständlich und damit weniger mißbrauchsgefährdet als andere Staatstheorien. Es macht sie aber leider auch weniger brauchbar für die Überzeugungsarbeit in einem emotionalisierten politischen Alltagsgeschäft, solange sie nicht in eine hierfür geeignete Diskursform übersetzt ist.

Der Gesellschaft stehen damit letztlich Gesellschaftstheorien zur Auswahl, die auf zweierlei unvollkommenen Methoden beruhen. Die eine Methode bringt präzisere, weniger mißbräuchliche und insofern vergleichsweise ungefährliche theoretische Aussagen hervor, aber sie hat weniger Kontakt zur emotionalen Realität, gibt daher zu viele Antworten auf überflüssige Fragestellungen und entwickelt zu wenig öffentliche Überzeugungskraft. Die andere Methode ist emotionaler und überzeugender, dringt aber schwerer zur konkreten, präzisen Handlungsanweisung vor und ist dementsprechend mißbrauchsträchtig. Keine dieser Methoden scheint von sich aus für die notwendige theoretische Übersichtlichkeit zu sorgen, um schmerzliche gesellschaftspolitische Fehlversuche bestmöglich auszuschließen. Keine von ihnen kann daher beanspruchen, daß ihre Ergebnisse hinreichendes Vertrauen der Bürger in verfassungs- und ordnungspolitischen Entscheidungsprozessen verdienen.

Der Treffsicherheit der Theorien käme es natürlich zugute, wenn zu deren Konstruktion jeweils beide Methoden herangezogen würden. Es könnte z.B. versucht werden, eine im spekulativen Diskurs entstandene Theorie ökonomistisch zu rekonstruieren und umgekehrt. Wo solche Rekonstruktion in der jeweils anderen Methode gelingt, kann dies der Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft der Theorie nur nützen. Wo der Rekonstruktionsver-



---

such sich dagegen als vergeblich herausstellt, wäre damit eine Dekonstruktion vollbracht, d.h. eine innerwissenschaftliche Eliminierung überflüssigen Theorieballasts. Es wäre erwiesen, daß die Theorie entweder inhaltlich zu diffus oder daß sie der Gesellschaft emotional nicht vermittelbar ist.

Solche Re- bzw. Dekonstruktionsversuche werden innerhalb der Wissenschaft gelegentlich unternommen, um zu fundierten Urteilen über die Relevanz und die Präzision von Gesellschaftstheorien zu gelangen. Beispiele hierfür sind auf der einen Seite Übersetzungen der marxistischen Theorie in den abstrakten mathematischen Formalismus der Ökonomie und auf der anderen Seite Versuche, emotionalisierte sprachliche Darstellungsformen für das marktwirtschaftliche Prinzip zu finden, in denen dieses ideologisch überhöht und zum eigenständigen moralischen Ziel erklärt wird.<sup>6</sup> Auch und gerade in ihrem Scheitern sind solche Versuche für die Gesellschaftstheorie von unschätzbarem Wert. Die gleichzeitige Anwendung von ökonomistischer Argumentation und spekulativem Diskurs auf ein und dasselbe Erkenntnisziel bewahrt vor mancher Irreführung durch die Theorie, und sie macht damit die Einlassung auf riskante gesellschaftspolitische Experimente weniger wahrscheinlich.

*Umgangssprache und organisatorische Handlungsanweisung: Theorien im Test der Banalität*

Solche Methoden genügen aber bei weitem noch nicht, um die Treffsicherheit der Gesellschaftstheorie in dem Maße zu erhöhen, wie die Gesellschaft es in der politischen Praxis aus gutem Grund fordert. Sie reduzieren das Theorienangebot noch nicht auf jenen vertrauenswürdigen Kern, dessen sich die Gesellschaft vor allem in jenen Momenten gewiss sein will, in denen sich ein fundamentaler Reformbedarf aufgestaut hat. Um für solche Momente theoretisch gerüstet zu sein, muß eine noch konsequentere Dekonstruktion überflüssiger, veralteter und allzu utopischer Theorien geleistet werden, als sie mit den oben genannten Methoden möglich ist. Es müssen weitere Simulationen angestellt werden, die das eventuelle Scheitern in der Praxis gedanklich vorwegnehmen und damit die der Theorie innewohnenden politischen Gefahren offenlegen.

Gesellschaftstheorien, die den rein wissenschaftlichen Methodentest bestanden haben, können in der Praxis an zweierlei Hürden scheitern. Die

---

<sup>6</sup> Derartige Versuche hat z.B. bei F.A. von Hayek unternommen.

---

eine Hürde ist die Akzeptanz der Theorie durch eine nichtwissenschaftliche Öffentlichkeit. Die zweite Hürde ist die politische Umsetzung der Theorie in zweckdienliche organisatorische Handlungsanweisungen. Die Theorie muß also zum einen in die Sprache der Massenmedien, des Stammtisches, der Ortsvereine politischer Parteien und der politischen Mandatsträger übersetzbar sein, und sie muß in dieser Übersetzung ihre Plausibilität bewahren können.<sup>7</sup> Zum anderen müßte sie in konkrete Gesetzgebungsinitiativen und Verordnungen umsetzbar sein, und sie müßte in dem hiervon geprägten Handeln der staatlichen Administration Überzeugungskraft entfalten. Massenmedien, Stammtische und Ortsvereine, Gesetzgeber, Administratoren und letztlich die Bürger als Objekte staatlichen Handelns können je für sich politische Gesellschaftstheorien scheitern lassen.

Eine Theoriearbeit, die von vornherein möglichst treffsicher sein will, darf natürlich nicht tatenlos auf diese außerwissenschaftlichen Bewährungsproben warten. Sie muß vielmehr versuchen, sich selbst im Vorhinein der Prüfung auf gesellschaftliche Praxisfähigkeit, d.h. auf Medien-, Stammtisch-, Gesetzgebungs-, Bürokratie- und sonstige Festigkeiten zu unterziehen und so ihr eventuelles Scheitern in der öffentlichen Diskussion und in der administrativen Umsetzung zu simulieren. Zum einen muß die Theorie daher einer leicht verständlichen Übersetzung in die Alltagssprache unterworfen werden, zum anderen muß sie frühzeitig durch eine möglichst vollständige und sachliche Beschreibung der konkreten organisatorischen Maßnahmen ergänzt werden, die bei ihrer Anwendung zu ergreifen wären. Nur so könnten die lebenspraktischen Auswirkungen, mit denen die Bürger bei Anwendung der Theorie zu rechnen hätten, im Voraus durchschaubar gemacht und damit die Treffsicherheit der Theorie öffentlich glaubhaft gemacht werden.

Durch die Übersetzung in die Sprachen des lebenspraktischen und des bürokratischen Alltags verliert die Theorie natürlich viel von dem Nimbus, mit dem sie sich im wissenschaftlichen Fachdiskurs gemeinhin umgibt. Sie wird von der Banalität solchen Alltags infiziert, und sie läuft dadurch Gefahr, in der öffentlichen Auseinandersetzung entsprechend rasch entzaubert und verschlissen zu werden. Sie verliert daneben möglicherweise auch

---

<sup>7</sup> Bei einem politischen Entscheidungsverfahren, wie es in "Die Logik der Bürgerbeteiligung" beschrieben ist, müßte die Theorie sich natürlich auch in der Sprache von Laienparlamentariern bewähren.

---

manche inhaltliche Nuance, auf die es in der Abwägung gegenüber konkurrierenden Theorien ankommen könnte.

Trotzdem ist die alltagssprachliche Form diejenige, in der sich die Brauchbarkeit gesellschaftstheoretischer Aussagen letztlich entscheidet. (Für Theorien zur politischen Ordnung würde dies vor allem im Kontext des "iterativen Legitimationsverfahrens" gelten, in dem die Bürger als Subjekte der Verfassungspolitik direkt über Zulassung, Fortsetzung und Abbruch größerer ordnungspolitischer Experimente zu entscheiden hätten.<sup>8</sup>) Übersichtlichkeit der gesellschaftspolitischen Alternativen herrscht auf diesem Feld erst dann, wenn die zuständigen Theorien sich in der Banalität der Alltagssprache präsentiert und deren Verschleißtest unterworfen haben. Je banaler sie dargestellt sind, desto klarer wird dem Bürger, was sie für die politische Praxis tatsächlich zu bieten haben. Erst in der größtmöglichen Banalität der Darstellung ist das Risiko gebannt, daß formale Eleganz oder unterschwellige Emotionalität über die gesellschaftspolitische Unbrauchbarkeit einer Theorie hinwegtäuschen. Für diesen Banalitätstest, der letztlich das Spektrum der Alternativen auf den Kern des Brauchbaren schrumpfen läßt, muß die Gesellschaftswissenschaft, so gut es geht, selbst die methodische Zuständigkeit übernehmen.

Wäre das Bemühen, Theorien durch Dekonstruktion zu eliminieren, auf die Übersetzung in die Umgangssprache beschränkt, könnten sich daraus allerdings leicht neue Mißverständnisse ergeben. Es könnten zwar manche überflüssigen Theorien, die an den Bedürfnissen und emotionalen Dispositionen der Bürger vorbeigehen, als solche erkannt werden, und es könnte so ein wohlthuender Eindruck theoretischer Übersichtlichkeit entstehen. Diese Übersichtlichkeit würde sich aber nur auf die gesellschaftspolitischen Ziele beschränken. Es wäre jene trügerische Übersichtlichkeit, wie Verfassungspolitiker sie z.B. durch die Formulierung emotional ansprechender Staatsziele herstellen, deren Umsetzung ins gesetzgeberische und administrative Detail im nachhinein nur um so größere Unübersichtlichkeiten entstehen läßt.

Das Dekonstruktionsbemühen durch die Umgangssprache ließe immer noch zuviel Raum für Theorien, die solche und andere Ziele mit falschen,

---

<sup>8</sup> Zum iterativen Legitimationsverfahren s. "Die Logik der Ordnungspolitik" und insbesondere "Der Staat auf Bewährung. Über den Umgang mit einer erstarrten politischen Ordnung", Darmstadt 1993.

---

mißbrauchsträchtigen Mitteln anstreben. Um auch solche Theorien rechtzeitig zu eliminieren, bedarf es neben dem Test der Umgangssprache immer auch des genannten zweiten Tests, nämlich der möglichst vollständigen, in konkrete organisatorische Handlungsanweisungen gekleideten Praxissimulation. Solche Simulationen können weitgehend Aufschluß darüber geben, ob die Theorie auch mit der aus ihr abgeleiteten Mittelwahl an den Bedürfnissen der Bürger orientiert ist.

In den vorangegangenen Beiträgen<sup>9</sup> ist versucht worden, Bausteine einer Gesellschaftstheorie vorzustellen, die den hier genannten methodischen Anforderungen möglichst weitgehend gerecht werden oder zumindest gerecht werden könnten. Der Anforderung, das theoretische Argument möglichst eindeutig für die politische Praxis aufzubereiten, entspricht die Herleitung einiger sehr konkreter Handlungsanweisungen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zur Verfassungspolitik, zur Eigentumspolitik, zur Finanz- und Geldpolitik und zur Politik der zwischenstaatlichen Beziehungen. Damit ist ein wichtiger Schritt in Richtung Praxissimulation getan.

Auf eine Formulierung der Argumente in banaler Alltagssprache wurde demgegenüber weniger Wert gelegt. Demonstriert wurde nur, daß einige zentrale Bestandteile der Argumentation in sehr einfache sprachliche Formeln gefaßt werden können. Zu solchen Formeln gehört diejenige, daß der gesellschaftliche Wohlstand zum Teil pro Kopf und zum Teil nach Leistung zu verteilen ist, oder auch diejenige, daß ein Staat so reich ist wie sein ärmster Bürger. Dies sind Anhaltspunkte dafür, daß die vorgestellten Theoriebausteine eine systematische Umformulierung in noch banalere Sprache nicht zu fürchten haben und daß sich gerade in solcher Banalität ihre gesellschaftspolitische Relevanz erweisen könnte. Vielleicht tragen einige der in den vorangegangenen Beiträgen vorgetragenen Argumente aber auch schon in ihrer weniger banalen Formulierung dazu bei, daß die Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftspolitischen Experimentierens überschaubarer werden.

---

<sup>9</sup> Insebesondere die "Logik"-Essays sowie "Wissenschaft, Wettbewerb und Demokratie".